Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

…mentspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst … Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. … Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und …Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 79. | Dresden, Freitag den 8. April 1910. | 21. Jahrg.

Herr v. Jagow kapituliert.

Der Berliner Polizeipräsident Herr v. Jagow hat sich überzeugt oder überzeugen lassen, daß seine ungesetzlichen Versammlungsverbote nicht aufrecht zu erhalten sind. … hat der von der Demokratischen Vereinigung für den Sonntag geplanten Wahlrechtsversammlung …mboldthain, die er schon verboten hatte, nachträglich … Genehmigung erteilt. Die Versammlung, … die Veranstalter auch die sozialdemokratische Organisation …-Berlin eingeladen haben, wird also stattfinden als … behördlich gestattete Versammlung unter freiem Himmel seit 1848 und als ein Beweis dafür, daß … Sinn der Bevölkerung über alle reaktionären … und Tücken schließlich den Sieg davontragen muß.

Der Polizeipräsident hat also einsehen müssen, daß er … diesem Wege war, und er beeilt sich, seinen Fehler zu …en. Er hat zeigen wollen, daß er „nicht der Reaktionär", … der Gesetzesverächter" sei, als der er in der Oeffentlichkeit … gegolten hat. Ob ihm dieser Beweis gelungen ist, … erst nach seinem weiteren Verhalten beurteilen lassen. … sich diesmal bürgerlichen Demokraten gegenüber … gezeigt; er wird einer anderen Partei … verweigern können, was er jenen gewährte.

Die Bekehrung des Herrn v. Jagow zur Gesetzlichkeit … eine politische Tatsache von nicht geringer Bedeutung. … reaktionären Parteien bedeutet das Verhalten des …präsidenten einen harten Schlag. Man erinnert sich, … die Deutsche Tageszeitung war, die durch ihr terroristisches Verhalten die Regierung nötigte, die Versammlung im …er Park am 6. März zu verbieten. Später forderte …blatt, ermutigt durch seinen Erfolg und unterstützt … ganzen konservativen Presse, ein „einheitliches Vor… im ganzen Staate und erreichte auch, daß zahlreiche …mlungen unter freiem Himmel in den verschiedensten … Preußens verboten wurden. Durch die furchtbare …-Blamage der Polizei, die sie indirekt verschuldet … hat sich die reaktionäre Scharfmacherpresse keineswegs … lassen, und das anfängliche Verbot des von ihr so…ten „Wahlrechtsradaus" im Humboldthain hat sie als …verständlich" gutgeheißen und wohlwollend gelobt. Sie … sich jetzt in einer Lage, die nicht beneidenswert ist, … sich polizeilicher benommen als die Polizei und muß das Gelächter der ganzen Welt über sich ergehen lassen. Die Junkerdiktatur ist nicht unzerbrechlich. Man darf … Kapitulation der Polizei vor Gesetz und Vernunft als … Zeichen für die Zukunft nehmen. Was hier im … gelang, muß auch im großen allgemeinen Kampfe gelingen, den die Arbeiterschaft um ihr Recht führt.

* * *

Auch Treptow wird freigegeben!

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Als bekannt geworden war, daß die Versammlung der Demokraten im Humboldthain gestattet worden war, begab sich Genosse … sofort zum Polizeipräsidenten, um auch für die …schaft die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem … zu erlangen. Für Berlin kam in Frage der Friedrichshain … außerdem der Treptower Park. Der Polizeipräsident ver… sich nicht mehr ablehnend, er erklärte nur, daß er auf den … Park keinen Einfluß habe. Genosse Ernst begab sich so… zum Amtsvorsteher in Treptow, der am Freitag … geben will. Es ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß es … Berliner Arbeiterschaft möglich sein wird, sich am Sonntag unter … Himmel zum Wahlrechtsprotest zu versammeln.

*

Berlin, 8. April. (Telegramm.) Der Amtsvorsteher von …tow hat der sozialdemokratischen Parteileitung gestattet, am …Sonntag im Treptower Park eine öffentliche Versammlung … freiem Himmel abzuhalten. An der Zustimmung des Berliner …rats und der Erlaubnis des Polizeipräsidiums wird nicht … gezweifelt.

*

Polizeiliches Durcheinander im westlichen Industrierevier.

Am nächsten Sonntag werden im Industriegebiet wieder …kundgebungen veranstaltet. In Düsseldorf halten die …demokraten eine Versammlung unter freiem Himmel auf den …wiesen ab. Der Bochumer Polizeipräsident genehmigte für … eine Versammlung unter freiem Himmel, versagte aber die …ehmigung für einen Umzug. In Dortmund wurde sowohl … Umzug wie die Versammlung unter freiem Himmel verboten.

*

Die Aussichten der Wahlrechtsvorlage.

Kiel, 7. April. Wie die Kieler Neuesten Nachrichten aus Abgeordnetenkreisen erfahren, wird das Herrenhaus in der Wahlrechts…lage hauptsächlich in der Drittelung eine Aenderung …nehmen. Besonders ist eine Erweiterung der Stimmbezirke …warten. Damit wird einem nationalliberalen Wunsche entgegen…men, während das Zentrum diese Aenderung heftig bekämpfen ….

* * *

Polizeiattacken in Bremen.

Aus Bremen wird dem B. T. mitgeteilt: Nach Schluß der sozialdemokratischen Versammlung am Donnerstag, in der Rosa Luxemburg vor etwa 5000 Personen über den Wahlrechtskampf und seine Lehren sprach, versuchten einzelne Gruppen, einen Demonstrationszug zu bilden, wodurch es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Von der Parteileitung war in Anbetracht der Warnung der Polizeidirektion strikte Order gegeben worden, alles zu vermeiden, was als Demonstration gedeutet werden könnte; die Antwort auf die Proklamation der Polizeigewalt sollte am Sonntag erteilt werden. Der größte Teil der Versammlungsbesucher entfernte sich ruhig in kleineren Gruppen. Naturgemäß ließ sich aber die Leerung des überfüllten Saales nicht so schnell ermöglichen, und so kam es, daß auf dem neben dem Versammlungslokal liegenden Domhof noch etwa 1000 Personen beisammen waren, aus deren Mitte heraus auch Lieder und Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht laut wurden. Bei der Einmündung des Domhofes zum Marktplatz schritt ein starkes Polizeiaufgebot ein und drängte die Menge in die Nebenstraßen in der Absicht, sie nicht auf den Marktplatz kommen zu lassen. Der Marktplatz, die Börsentreppe und die Rathauspassage war von einer großen Anzahl Neugieriger besetzt. Einem großem Trupp gelang es, um das Börsengebäude herum auf den Marktplatz zu gelangen, wo er aber gleichfalls von einem Schutzmannsaufgebot empfangen wurde. In der Nähe befanden sich zahlreiche **Kriminalbeamte, die mit Stöcken auf die Leute einschlugen** und zahlreiche Verhaftungen vornahmen. Die uniformierten Polizeibeamten drängten die Menge mit Gewalt zurück, wobei es **Faustschläge und Fußtritte** gab. Einzelne übereifrige Schutzleute **zogen auch blank und verfolgten die Fliehenden.** Der Marktplatz bot in diesem Augenblick mit der vor den Schutzleuten fliehenden und sich immer wieder vordrängenden Menschenmenge ein wüstes Bild. Aus der Menge wurden Pfuirufe auf die Polizei laut. Der Marktplatz war zwar in kurzer Zeit gesäubert, doch beschäftigten einzelne Gruppen die Polizei noch lange nach Mitternacht. Erst gegen 1 Uhr morgens war völlige Ruhe eingetreten.

Mit den Verhafteten verfuhr die Polizei nicht sehr glimpflich. Man sah vielfach, wie verhaftete Personen geknebelt abgeführt wurden und aller Augenblicke Faustschläge in den Rücken und in den Nacken erhielten. Auch zahlreiche harmlose Passanten, die nicht schnell genug sich entfernen konnten, wurden von Polizeibeamten mit Faustschlägen traktiert.

Auf Sonntag vormittag 9½ Uhr hat die sozialdemokratische Parteileitung sechs große öffentliche Versammlungen einberufen. An die Polizeidirektion soll wegen Genehmigung eines Straßenumzugs herangetreten werden.

Die brutale Polizeiattacke macht den Eindruck, als wolle die Polizei dafür Revanche üben, daß sie der letzten Demonstration im Bürgerpark ohnmächtig gegenüberstand.

Die Krisis im Baugewerbe.

Berlin, 7. April. Der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe trat heute nachmittag im Architektenhause zu einer entscheidenden Sitzung zusammen. Als Hauptpunkt steht auf der Tagesordnung: Feststellung der infolge Ablehnung der Tarifverträge erforderlichen Maßnahmen. Die Verhandlungen werden geheim geführt. In Arbeitgeberkreisen ist man der Ansicht, daß ein Ausgleich der Differenzen noch in letzter Stunde durch ein Kompromiß möglich sein wird. Es sollen Kommissionen ernannt werden, die auf mittlerer Basis bei gegenseitigem Entgegenkommen beider Parteien die Krisis beseitigen sollen.

Berlin, 8. April. (Telegramm.) In den gestrigen Verhandlungen des Gesamtvorstandes des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe nahmen Vertreter aus allen Teilen Deutschlands teil. Nach mehrstündiger Aussprache wurde beschlossen, die heute auf Veranlassung des Reichsamts des Innern im Reichstagsgebäude stattfindende Konferenz zu beschicken. Da die Verhandlungen geheim geführt wurden, sind die Mitteilungen über auseinandergehende Ansichten zwischen nord- und süddeutschen Arbeitgebern mit Vorsicht aufzunehmen.

Berlin, 8. April. (Telegramm.) Ueber die Absichten des Arbeitgeberbundes wird vermutet, daß die Massenaussperrung in gewissen Teilen des Reiches dekretiert werden soll. Hauptsächlich soll Süddeutschland, Rheinland, Westfalen sowie die Provinzen Schlesien, Posen, Ost- und Westpreußen und das Königreich Sachsen als Aussperrungsgebiet in Frage kommen. Die lokalen Verhandlungen dagegen, die in Berlin geführt wurden und fortgesetzt werden sollen, lassen hoffen, daß es hier zu einer Einigung kommen wird.

*

München, 8. April. (Telegramm.) Entgegen der Berliner Meldung, daß die Münchner Bauunternehmer tatsächlich durch Zirkular kundgaben, daß die Aussperrung am 15. April vollzogen werden muß, sagt die hiesige „Bauwelt", daß auch die Münchner Arbeitgeber zum Frieden geneigt seien.

*

Aus dem westfälischen Industriegebiet wird gemeldet, daß die Unternehmer eine Aussperrung in Bochum, Essen, Dortmund, Gelsenkirchen und Recklinghausen zum 14. April vornehmen wollen. **Die großen Firmen wollen ihre Betriebe vollständig schließen. Die kleinen Firmen sollen durch Einstellung der Lieferungen von Baumaterial ebenfalls zur Aussperrung der Arbeiter gezwungen werden.**

* * *

Schleifstein.

Natürlich versuchen sich die berüchtigten Oberscharfmacher in der jetzigen Situation wieder im Schleifsteindrehen. Für sie ist es ja undenkbar, daß die Regierung vermittelnd eingreifen soll. In einem Leitartikel „Die Machtprobe im Baugewerbe" kalkuliert die Post heraus, daß es die 22 000 Unternehmer länger im Kampfe aushalten werden, als die 400 000 Arbeiter. Bei der hierzu angestellten Rechnung läßt das Scharfmacherorgan bereits die vorhandenen gewaltigen Summen für Unterstützungszwecke auffliegen. Ihre Wut über die Einigkeit der Arbeiter kommt in einer Schimpferei über die Christlichen zum Ausdruck. Die Post wendet sich dann gegen eine Vermittlung der Regierung, die gar keine Ursache habe die Geschäfte der Sozialdemokratie zu besorgen. Und dann sagt sie:

„Den übermütigsten aller organisierten Arbeiter wird mit gebührender Entschiedenheit entgegengetreten werden, und sollte der äußerste Fall eintreten, daß die Arbeitgeber im Baugewerbe allein den Kampf nicht mehr durchhalten könnten, dann wird ihnen voraussichtlich von anderen Arbeitgeberorganisationen Hilfe geleistet werden. Es handelt sich um das Ansehen der gesamten deutschen Arbeitgeberschaft."

Auch die ihr verhaßten Kathedersozialisten bekommen ihr Teil ab. Ihnen soll angesichts der entschlossenen Haltung der Arbeitgeber das Herz in die Hosen gefallen sein und sie schrien jetzt ängstlich nach der Regierung. Daß in diesem Artikel auch eine Gemeinheit gegen die Arbeiter enthalten ist, versteht sich am Rande. Es heißt da:

„Die Gewerkschaftskassen, an die ungeheure Unterstützungsansprüche — wöchentlich gegen 5 Millionen — gestellt werden dürften, werden diesen Anforderungen nicht lange gerecht werden. Allerdings pflegt ja die Sozialdemokratie die fähigsten ihrer Simulanten an die Krankenkassen abzukommandieren, um so die Gewerkschaftskassen etwas zu erleichtern. Aber weder mit diesem noch mit anderen Mitteln werden sie etwas anderes als Galgenfristen erreichen."

Tun wir es zu dem übrigen. Die überschäumende Wut dieser Schleifsteindreher wird schon noch besänftigt werden.

Der Seemannsstreik in Marseille.

pc. Paris, 6. April.

Die eingeschriebenen Seeleute von Marseille streiken. Wenn man die Meldungen der bürgerlichen Telegraphenbureaus, die Berichte der bürgerlichen Zeitungen liest, so könnte man glauben, daß die eingeschriebenen Seeleute von einer Frivolität beseelt sind, die nur in der Anarchie ihre Genugtuung findet. Da kann man lesen, welche bevorzugte Stellung die Seeleute hätten, mit welcher Liebe die Regierung ihre Interessen gepflegt habe, mit welcher Nachsicht man ihnen bei verschiedenen Streiks entgegengekommen sei, und wie undankbar, gewissenlos es von den Seeleuten wäre, um „eines so geringfügigen Anlasses willen", wie der Verhaftung der „Deserteure" des „Moulouia", den Generalstreik zu erklären. Man liest, daß eine Handelsmarine ohne Disziplin dem Untergang geweiht sei, daß die eingeschriebenen Seeleute unmöglich denselben Gesetzen unterstellt werden könnten wie etwa die Fabrikarbeiter, und daß es nur recht und billig sei, wenn die französische Regierung diesmal energisch einschreite „im Interesse Frankreichs und im Interesse der eingeschriebenen Seeleute". Es sollte uns wundern, wenn nicht die meisten Berichte der bürgerlichen Presse Deutschlands auf diesen Ton gestimmt wären. Es klingt so überzeugend: der gesunde Menschenverstand kann ihm nicht widerstehen . . ., wenn man die tieferen Gründe der ganzen Bewegung nicht kennt, wenn man nicht weiß, daß ganz andere Dinge auf dem Spiel stehen als das persönliche Interesse der Heizer des Moulouias, die wieder ans Land gingen, als das Schiff abfahren wollte, um gegen die Anwesenheit von arabischen Seeleuten zu protestieren, — wenn man die früheren Kämpfe der eingeschriebenen Seeleute, die Streiks von 1906 und 1907 nicht kennt oder freiwillig vergißt. Im Jahre 1906 mußten sie sich den Reedern gegenüber bessere Arbeitsbedingungen und die Anerkennung ihres Syndikats erkämpfen, im Jahre 1907 sahen sie sich gezwungen, in den Streik zu treten, um auf die Regierung und das Parlament, dem ein Gesetzentwurf über die Alterspensionen der Seeleute vorlag, einen Druck auszuüben. Auf Schritt und Tritt mußten sie kämpfen, um ihre Lebenslage zu verbessern. Die Tatsache, daß sie seit zwei Jahrhunderten Pensionsrecht haben, ist es hauptsächlich, die als Beweis für ihre bevorzugte Stellung angeführt wird. Diese „Vorzugsstellung" hat sie aber sehr lange nicht vor dem Elend im Alter geschützt. Ganze 160 M. erhielten die Matrosen, wenn sie arbeitsunfähig waren, als jährliche Rente ausbezahlt bis zum Jahre 1907. Colbert hatte im 17. Jahrhundert die „Caisse des Invalides de la Marine" geschaffen, zu der die Unternehmer und die Seeleute zwei Prozent des Lohnes beitrugen und der Staat einen jährlichen Zuschuß von 11 Millionen. Die Idee der Kasse war gut, wenn Colbert sie auch mehr im Interesse der Kolonien, die er über alles liebte, gründete, als aus sozialpolitischen Gründen. Als im Jahre 1906 der Kongreß der „inscrits maritimes", der zur Kriegsmarine ausgehobenen und in Reserve stehenden Seeleute beschloß, mit allen Mitteln für die Verbesserung der Alterspensionen zu kämpfen, entschloß sich die Regierung im folgenden Jahre an die Frage heranzutreten. Der Generalstreik aller Matrosen, Kapitäne und Offiziere war bekanntlich nötig, um die Regierung und das Parlament zu zwingen, wenigstens in den Hauptpunkten nachzugeben.

Die Endziele des jetzigen Kampfes bestehen in der Verpflichtung der Reeder, nur noch „Eingeschriebene" auf ihren Schiffen anzustellen, und in der Abschaffung des Dekrets vom 24. März 1852. Die Forderung, nur noch organisierte Seeleute anzustellen, läuft darauf hinaus keine Lohndrücker mehr zuzulassen. Bisher war es so, daß Ka-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100408/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG